

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/40

Bonn, den 26. Februar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Übereinstimmungen und Unterschiede</u> Die Diskussion um das Parteiengesetz Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB	85
3 - 4	<u>In dankbarer Erinnerung</u> Vor 40 Jahren starb Friedrich Ebert Von Dr. Alex Möller, MdB	62
4	<u>Politik mit Nachrichten</u> Am Beispiel einer Manipulation	24
4a	<u>Elterrenten-Schwund</u> Folgen von vermeidbaren Härten	45
5 - 6	<u>Mit Blick auf das Jahr 2000</u> Dem automatischen Welttelefondienst entgegen Von Pierre Simonitsch, Genf	69

***** An unsere Bezieher *****

Die nächste Ausgabe des SPD-Pressedienstes
erscheint am Dienstag, dem 2. März 1965.

Übereinstimmungen und Unterschiede

Die Diskussion um das Parteiengesetz

Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB

In der nächsten Sitzungswoche wird sich der Bundestag mit dem Parteiengesetz befassen. Die Parteien der Regierungskoalition und die gegenwärtige Opposition haben Entwürfe für ein solches Parteiengesetz vorgelegt. Der Auftrag des Grundgesetzes, ein Parteiengesetz zu beschließen, geht zurück auf die Erfahrungen, die in der Weimarer Zeit gesammelt worden sind. Der Abgeordnete Brockmann faßte sie während der Verhandlungen des Parlamentarischen Rates dahingehend zusammen, daß eine öffentliche finanzielle Rechenschaftslegung und die innere demokratische Ordnung der Parteien gewährleistet werden müßten.

Sieht man sich die beiden vorliegenden Entwürfe für ein Parteiengesetz daraufhin an, so wird sichtbar, daß es um vier entscheidende Bedingungen für die Tätigkeit der politischen Parteien geht: Ihre Unabhängigkeit, ihre Chancengleichheit, ihre Arbeitsfähigkeit und ihre demokratische Struktur. Es ist nicht erstaunlich, daß so verschiedene Parteien wie die CDU/CSU und die FDP einerseits und die SPD andererseits zu unterschiedlichen Antworten auf die damit gestellten Fragen gelangen. Die SPD hat aus ihrer Tradition heraus immer das Ziel verfolgt, eine Mitgliederpartei zu sein, und sie ist darüber hinaus eine Organisationspartei geblieben. Die nichtsozialistischen Parteien dagegen entwickelten sich aus Honoratiorenzirkeln und sind sich noch nicht endgültig darüber schlüssig geworden, ob sie sich ebenfalls zu modernen Parteien im Sinne der SPD entwickeln wollen oder können. Man kann die Streitfragen, um die es bei der Diskussion des Parteiengesetzes geht, nur dann richtig verstehen und bewerten, wenn man diesen unterschiedlichen Charakter der Parteien berücksichtigt. Es ist deshalb um so bemerkenswerter, daß die Gesetzentwürfe der Koalition und der Opposition in vieler Hinsicht weitgehend übereinstimmen. Das gilt für die Definition der Aufgaben der Parteien, ihre Gliederung, für die Chancengleichheit, die Satzungen und das Programm, für die Parteiorgane und andere organisatorische Fragen mehr.

Keine Übereinstimmung wurde bisher in drei wesentlichen Punkten erzielt.

- * 1. In welchem Maße sollen die Vorstände aus gewählten
- * oder "geborenen" d.h. kooptierten Mitgliedern bestehen?
- * Der Vorstand der SPD wird in seiner Gesamtheit
- * vom Parteitag gewählt. Der Vorstand der CDU dagegen
- * besteht etwa zu zwei Dritteln aus kooptierten Mitgliedern.
- *

- * 2. In welchem Ausmaß und mit welchem Grad an Publizität soll der Forderung des Grundgesetzes nach einer finanziellen Rechenschaftslegung entsprochen werden? Die SPD spricht sich dafür aus, Roß und Reiter zu nennen, während die CDU dagegen Bedenken hat und sich gern mit der Einbeziehung der parteinahen Wirtschaftsbetriebe für das vermeintlich mangelnde Verständnis der SPD revanchieren möchte.
- * 3. In welchem Ausmaß und gegebenenfalls für welche Zwecke sollen öffentliche Mittel den Parteien zur Verfügung stehen? Die CDU will staatliche Mittel bis zu einem jährlichen Höchstmaß von 90 Millionen DM zur Verfügung stellen. Die SPD verlangt, daß öffentliche Gelder nur für staatsbürgerliche Bildungsarbeit verwendet werden sollen und daß die Eigenmittel der Parteien die Zuschüsse in einem angemessenen Verhältnis übersteigen müssen.

Die im Bundestag vertretenen Parteien stimmen, wenn man ihren Erklärungen folgen will, in der Zielsetzung überein, daß die Parteien sehr viel mehr Mitglieder gewinnen müssen, als sie bisher in ihren Reihen vereinigt haben. Auch die Parteien der Regierungskoalition geben zu, daß eine moderne Mitgliederpartei am ehesten in der Lage ist, die in unserer Gesellschaft den Parteien zufallenden Aufgaben zu lösen. Wenn man also die mögliche Fassung des Parteiengesetzes nicht nur von den Erfahrungen der Weimarer Zeit her sieht, dann handelt es sich darum, wie die Parteien sich für ihre Arbeit eine Art Grundgesetz geben können, das den Bestimmungen unserer Industriegesellschaft entspricht.

Unter diesem Gesichtspunkt sollte der Bundestag auch diskutieren, wie die drei unstrittenen Probleme des Parteiengesetzes sachlich am besten geregelt werden können. Es wird der Koalition schwerfallen, das Argument der Sozialdemokraten zu entkräften, daß eine weitgehende Staatsfinanzierung die Verdrossenheit der Bürger gegenüber den Parteien eher noch stärken als abbauen wird. Die Koalition entschließt sich mit einer Staatsfinanzierung in dem von ihr vorgesehenen Ausmaß zu einem Weg, der ihr mit grosser Wahrscheinlichkeit den Durchbruch zu einer Entwicklung zu modernen Mitgliederparteien verbaut. Im Interesse aller Parteien liegt es deshalb, die mit der großzügigen Staatsfinanzierung verbundenen Gefahren jetzt zu sehen und ihnen Rechnung zu tragen.

Im übrigen sollte man von einem Parteiengesetz keine politische Wunderwirkung erwarten. Ein solches Gesetz kann nicht mehr als ein Rahmen sein für die freie Entfaltung der Parteien. Damit sind seine möglichen Grenzen und Wirkungen bestimmt.

In dankbarer Erinnerung

Vor 40 Jahren starb Friedrich Ebert

Von Dr. Alex Möller, MdB

Die Nachwelt flicht Friedrich Ebert, dem Sozialdemokraten und Staatsmann, Kränze dankenden Erinnerens. Mit Wehmut muß in historischer Sicht gesagt werden, daß wohl kaum einem anderen deutschen Staatsmann zu seinen Lebzeiten so großes Unrecht widerfahren ist wie Friedrich Ebert, der als 54-jähriger am 28. Februar 1925 nach einer schweren Operation das irdische Dasein verlassen mußte.

Ihn, den ersten Präsidenten der Weimarer Republik, schmähten nach dem ersten verlorenen Weltkrieg vor allem rechtsradikale Elemente. Sie bezichtigten ihn sogar des Verrats an der deutschen Sache, ihn, der seine Treue zum deutschen Vaterland wahrhaftig bewiesen hatte. Viele sagen, Friedrich Ebert müsse es damals das Herz gebrochen haben.

Das glaube ich nicht. Friedrich Ebert stand mitten in einem Leben, dessen Schattenseiten er kannte. Er war aus der Härte der jungen Jahre, des Aufbruchs der Arbeiterbewegung, aus Unruhen und Krieg in eine große geschichtliche Aufgabe hineingewachsen. Friedrich Ebert wurde als Reichskanzler und als erster Reichspräsident einer unter Schmerzen geborenen Demokratie die Schlüsselpersönlichkeit von dem Unheil des Zusammenbruchs zur neuen gestaltenden Gesetzlichkeit.

Mir, als einem Angehörigen der Generation nach ihm, erscheint Friedrich Ebert als ein Mann von hoher staatspolitischer Redlichkeit und bedingungsloser Pflichterfüllung. Das deutsche Volk hatte ihn, den Sohn eines Handwerksmeisters, einen Mann aus seiner Mitte, in das höchste Staatsamt berufen. Nun stand der Nachfolger August Bebel's dort, wo vor ihm Monarchen regiert hatten, wußte von der rasenden Undankbarkeit der Gegenwart und empfand das Schicksal der funkenlosen Lose, die noch im Zeitenschoße ruhen.

Friedrich Ebert setzte als Präsident der Republik durch, was er als junger Sozialdemokrat begonnen hatte. In den Schriften jener Zeit ist von ihm stets als von einem besonnenen, um Ausgleich bemühten, klugen und von reifem Verantwortungsbewußtsein durchdrungenen Kämpfer für Gerechtigkeit und Freiheit die Rede. Das blieb er immer. So sahen ihn die Deutschen im November 1918, an jenem Tiefpunkt deutscher Geschichte, als an ihn der Ruf erging, Kanzler eines Reiches zu werden, das am Ende zu sein schien. Von welchem Mut und welcher Zuversicht muß dieser Mann beseelt gewesen sein, daß er es unternahm, dieses geschlagene deutsche Volk wieder aufzurichten!

Friedrich Ebert verzagte in keiner Stunde der Gefahr. Es scheint vielmehr, als habe seine Standhaftigkeit, je stärker die Widerstände wurden, nur um so mehr an sichernder Kraft gewonnen. In solchen Jahren wuchs Friedrich Ebert zu einer Persönlichkeit, die immer ihren Platz in der deutschen Geschichte haben wird. In all jenen späteren Fährnissen - Versailler Vertrag, Kapp-Putsch, Unruhen in Thüringen und Sachsen, Wirtschaftskrisen und im Sturm der Lawinen äußerer und innerer Widrigkeiten - stand Friedrich Ebert mit beiden Beinen fest auf dem ihm vom Schicksal zugewiesenen Boden, seinem Gelöbnis treu,

"keine einseitige Parteiherrschaft aufrichten zu wollen und als Beauftragter des ganzen deutschen Volkes zu handeln."

Friedrich Ebert erlebte der Tod - mitten im vorbereitenden Kampf um die durch Volkswahl notwendig werdende Erneuerung seines Amtes. 40 Jahre später stehen Freunde stellvertretend für Millionen an seinem Grab.

Wir lassen Theodor Heuss, den verstorbenen ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, dieses Wort sprechen:

- * "Nun die Welt einen neuen furchtbaren Wandel erfahren hat,
- * soll, ja, muß das Gedächtnis an Friedrich Ebert und seinen
- * redlichen treuen Pflichtsinn im Wissen seines Volkes er-
- * neuert und befestigt werden. Er gab ihm in Schlichtheit und
- * Würde, in Mitleidensfähigkeit und unerschrockenem Mut zur
- * Wahrheit und zum Wagnis ein Beispiel, das Beispiel."

Möge uns dieses Beispiel immer Mut machen, unserem Volk zu dienen und einer Welt in Frieden und Freiheit.

+ + +

Politik mit Nachrichten

Am Beispiel einer Manipulation

F.S. - In der Nachrichtensendung des WDR/NDR am Mittwoch, dem 24. Februar 1965 morgens um acht Uhr, wurde u.a. mitgeteilt, daß der Vorsitzende der Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Rainer Barzel, in den Vereinigten Staaten von Präsident Johnson empfangen worden sei und daß ein Gespräch mit dem Berater des Präsidenten, Mr. Bundy, u.a. bevorstehe. Dies war der wesentliche Inhalt und Tenor der einen Nachricht.

Ihr folgte eine zweite: Der Hamburger Senator für Inneres, Hellmut Schmidt, halte sich in den USA auf. Er werde ein Gespräch im Amt für auswärtige Politik "mit einigen Referenten" haben. Diese Zusammenstellung der beiden Nachrichten ist eine politische Aussage. Hier wurde der eine gegen den anderen ausgespielt, die Beziehungen des einen - CDU - zu den maßgeblichen Persönlichkeiten gegenübergestellt den Möglichkeiten des anderen - SPD -, der eben nur mit Referenten spricht.

Es handelte sich um eine jener heimtückischen Nachrichtenmanipulationen, auf die sorgfältig zu achten ist, wenn ein Volk, das in demokratischer Grundordnung leben will, nicht verdummen oder verführt werden soll. Die Voraussetzung jeder Freiheit ist die Information und zwar die zuverlässige und richtige Nachricht, die in Sprache und Tonart das rechte Maß respektiert. Wenn, wie geschehen, der ungeschulte "Mann auf der Straße" diese Beobachtung machte und diesen hier festgehaltenen Mißbrauch einer Informationsübermittlung erkennt, dann scheint es hohe Zeit zu sein, daß Verantwortliche in der zuständigen Rundfunkanstalt nach dem Rechten sehen.

+ + +

Elternrenten-Schwund

Folgen von vermeidbaren Härten

sp - Das Bundesarbeitsministerium hat, laut BULLETIN Nummer 28, vom 16. 2. 1965, Seite 217, mitgeteilt, daß am Jahresende 1964 in der Bundesrepublik insgesamt 2,8 Millionen Anspruchsberechtigte der Kriegsopferversorgung gezählt wurden und daß dies rund ein Zehntel weniger waren, als am Jahresende 1961. Dazu wurde ergänzend erwähnt, daß ein zahlenmäßig starker Rückgang insbesondere bei den Empfängern von Elternrente eingetreten ist. Ende 1964 wurden noch rund 200 000 Elternrentenfälle festgestellt. Gründe für diesen Schwund hat das Bundesarbeitsministerium nicht genannt.

Wer diese kurze Mitteilung des Bundesarbeitsministeriums liest, wird darüber nachzudenken haben, wie es zum Rückgang der Zahl der Elternrentenfälle kam. Auf den ersten Blick erscheint die Annahme berechtigt, daß der Rückgang der Zahl der Empfänger von Elternrente auf entsprechende Sterbefälle im Berichtszeitraum zurückzuführen ist.

- * Der weitaus größere Teil der aus dem Kreis der Anspruchsberechtigten ausgeschiedenen Personen ist jedoch von den im Bundesversorgungsgesetz enthaltenen Bestimmungen über die Anrechnung anderen Einkommens betroffen.

Anderes Einkommen dieser Art können z.B. auch Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung sein, die nach Maßgabe der bisher ergangenen sieben Rentenanpassungsgesetze von einem Jahr zum andern erhöht wurden. Allein dadurch sind in zahlreichen Fällen die Ansprüche auf Elternrenten weggefallen, und zwar mit der bedauerlichen Folge, daß das Realeinkommen der so Betroffenen unverändert blieb bzw. in nicht wenigen Fällen sogar abgesunken ist.

Die Versorgung der Eltern von Gefallenen und Vermissten ist auch jetzt noch weitgehend unzureichend. Durch die Anwendung von Einkommensgrenzen wird der an sich ethisch bedingte Anspruch der in Betracht kommenden Kriegereltern eingeengt oder sogar gänzlich ausgeschlossen. Die Beibehaltung der Bestimmungen über die Anrechnung anderen Einkommens wird und muß dazu führen, daß am Schluß des Jahres 1965 erneut eine größere Anzahl von Personen als Empfänger von Elternrente ausscheiden werden.

Die sich aus der nach dem Willen der Bundestagsmehrheit beibehaltenen Anrechnung anderen Einkommens auf Elternrente ergebenden Härten hätten zum nicht unwesentlichen Teil bereits seit Jahren gemildert werden können, wenn die wiederholt erhobene Forderung, die nach dem Bundesversorgungsgesetz zahlbaren Renten an Kriegsofopfer laufend anzupassen, verwirklicht worden wäre. Mit der neuerdings von den großen Kriegsofopferorganisationen wiederholten Forderung auf Anpassung der Kriegsofopferrenten wird sich der Bundestag endlich, mit dem Ziele positiven Ergebnisses, zu befassen haben.

Das BULLETIN wäre jedoch gut beraten, wenn es bei der Meldung nur kurzer statistischer Übersichten zum Kriegsofopferrecht auch erklärend hinzufügen würde, auf welche gesetzlichen und sozialpolitischen Unzulänglichkeiten z.B. eine Verkleinerung der Zahl der Empfänger von Elternrenten zurückzuführen ist.

Mit Blick auf das Jahr 2000

Dem automatischen Welttelefondienst entgegen
Von Pierre Simonitsch, Genf

Im Jahre 1954 existierten auf der ganzen Welt etwa 90 Millionen Telefonanschlüsse - heute sich es bereits über 170 Millionen. Nach den Berechnungen des Internationalen Fernmeldevereins (UIT), der seinen Sitz in Genf hat, werden im Jahre 2000 an die 600 Millionen Telefonapparate in Betrieb stehen. Hand in Hand mit dieser spektakulären Ausdehnung des Fernmeldewesens sieht man sich einem rapiden Ansteigen der internationalen Kommunikationen gegenüber. Der UIT hat daher einen detaillierten Plan zum stufenweisen Ausbau des Weltnetzes ausgearbeitet, der Anfang März in Form eines voluminösen Großbandes der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Im Laufe der letzten Jahre wandte der UIT sein Hauptaugenmerk immer mehr den Möglichkeiten einer Automatisierung des internationalen Telefonverkehrs zu. An seiner Vollversammlung 1960 in New Delhi wurde die Schaffung einer speziellen Studienkommission im Rahmen des bereits bestehenden Planungsausschusses beschlossen. (Diese Körperschaften - wie übrigens der UIT als Ganzes - beschäftigen sich ausschließlich mit den Problemen der internationalen und interkontinentalen Verbindungen; der Ausbau der nationalen Netze obliegt den einzelnen Staaten). An der letzten Konferenz des UIT im November und Dezember 1963 in Rom wurde dann die Grundlage zu drei Plänen, die sich natürlich überschneiden, gelegt.

Der erste Plan befaßt sich mit dem notwendigen Ausbau des Welttelefunetzes. Er basiert auf den statistischen Angaben der verschiedenen Postverwaltungen über den internationalen Telefonverkehr im Jahre 1962 und über das voraussichtliche Volumen in den Jahren 1968 und 1975. Abhand dieser Ziffern konnte die Planungskommission die Anzahl der benötigten zusätzlichen Leitungen berechnen. Zwischen Europa und Nordamerika zum Beispiel funktionierten im Jahre 1962 276 Linien; bis 1968 muß ihre Zahl auf 834 und bis 1975 auf 2 100 gesteigert werden. Für diese interkontinentalen Verbindungen werden weiterhin hauptsächlich Unterwasserkabel Verwendung finden, darüber hinaus faßt aber die Planungskommission auch die Nachrichtenübermittlung über künstliche Satelliten ins Auge. Die meisten Postverwaltungen haben in Rom zu verstehen gegeben, daß man bis 1968 mit den gebräuchlichen Koaxialkabeln den Andrang bewältigen könne - außer einigen Satellitenverbindungen zu Versuchszwecken. Für die Bewäl-

tigung des voraussichtlichen Nachrichtenverkehrs im Jahre 1975 jedoch scheint die Schaffung eines Funknetzes via Weltraum unumgänglich. Allerdings wird die Nachrichtenübermittlung mit Hilfe von Satelliten in nächster Zukunft kaum eine Konkurrenz für Draht und Radio darstellen, sondern diese traditionellen Einrichtungen nur komplettieren.

Der Numerierungsplan

Der Numerierungsplan bildet die Grundlage des künftigen automatischen und halbautomatischen Welttelefondienstes. Dieser Plan mußte daher besonders gewissenhaft durchstudiert werden, weil es technisch äußerst schwierig und auch kostenspielig wäre, ein bereits ausgebautes System wieder umzuwerfen. Jedem Mitgliedstaat des Fernmeldevereins wurde eine zwei- oder dreistellige Vorwahlnummer zugeteilt. Die erste Zahl schaltet auf den gewünschten Kontinent: 1 für Nordamerika, 2 für Afrika, 3 und 4 für Europa, ohne der Sowjetunion, 5 für Südamerika und so fort bis 9; die Null hat man vorläufig als Reserve behalten. Die weiteren Ziffern bestimmen das Land. So wurde beispielsweise der Bundesrepublik die Nummer 49 zugeteilt, Frankreich bekam 33, Ungarn 402, Kambodscha 855. Wollte jemand von seinem Schlafzimmer aus über die Weltmeere telefonieren, so braucht er nur die Ziffer des betreffenden Kontinents wählen, einen Summtönen abwarten, Ziffer des Landes einstellen, nochmals Summtönen abwarten, und dann die Nummer des gewünschten Gesprächspartners wählen. Bedingung dafür ist allerdings eine völlige Automatisierung der nationalen Netze - die bereits in mehreren Ländern abgeschlossen ist - und eine Vereinheitlichung der Wählscheiben auf der ganzen Welt.

Der Beförderungsplan

Damit dieses ehrgeizige Projekt tatsächlich störungsfrei funktionieren kann, muß eine Kette von Umleitungszentralen geschaffen werden. Man denkt dabei an eine Aufteilung in drei Kategorien. Die Zentralen der ersten Kategorie (CT - 1) sind auf direktem Wege miteinander verbunden und leiten die Gespräche an ihre regionalen CT - 2 weiter, von wo die Kommunikation zur betreffenden lokalen Zentrale (CT - 3) geht. Die afrikanischen CT - 2 werden an die europäische CT - 1 und ebenso die südamerikanischen CT - 2 an die nordamerikanische CT - 1 direkt angeschlossen. Dieser Plan wurde bereits von den Mitgliedstaaten des UIT genehmigt und über die geplanten Standorte der Zentralen erster Kategorie eine Einigung erzielt: London, Moskau, White Plains (New York), Sydney, Tokio und Singapur. Das südasiatische Beförderungszentrum soll entweder in Indien oder in Pakistan erstellt werden.